

# Europa muss jetzt handeln – Wir brauchen einen europäischen Rahmen für Solidarität in der Industrie zur Bewältigung der Energiekrise

Brüssel, 14. Dezember 2022

## **industriAll Europe fordert einen europäischen Rahmen für industrielle Solidarität**

- Nur eine koordinierte europäische Agenda kann eine Deindustrialisierung und die Gefahr einer Verschärfung der regionalen Ungleichheiten und des Wettbewerbs innerhalb Europas verhindern.
- Die derzeitigen Regeln für staatliche Beihilfen sind nicht zweckmäßig und müssen überarbeitet werden, um die Grundlage für die notwendigen weitreichenden Reformen zu schaffen.
- Der Mangel an europäischer Solidarität droht die Fragmentierung zu verstärken und die Staaten zu nationalen Lösungen zu drängen, was nicht nur die grundsätzliche europäische Zusammenarbeit, sondern möglicherweise auch die europäische Stabilität weiter untergraben wird.
- Kein Land ist in der Lage, diese Situation allein zu lösen, wir sind voneinander abhängig und brauchen daher dringend einen gemeinsamen Rahmen, um sicherzustellen, dass die Solidarität in einer neuen, weitreichenden Industriepolitik fest verankert wird - die jüngsten Maßnahmen der US-Regierung zur Umsetzung des Inflationsbekämpfungsgesetzes sollten als Beispiel dafür dienen, was in Europa erreicht werden könnte, wenn der politische Wille vorhanden ist.

Seit mehr als einem Jahr befindet sich Europa in einer äußerst ernsten Energiepreiskrise, die durch den russischen Einmarsch in die Ukraine und seine Folgen noch verschärft wurde. Die Energiekrise hat die Kaufkraft der Beschäftigten drastisch reduziert, führt zu wachsender Armut und verschärft die regionalen und sozialen Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Ländern dramatisch. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind von diesem Preisanstieg besonders stark betroffen. Die Energiekrise stellt eine existenzielle Bedrohung für die 8 Millionen Arbeitsplätze dar, die von den energieintensiven Industrien in Europa abhängen. Diese Grundstoffindustrien sichern die strategische Autonomie und bilden die solide Grundlage für das gesamte industrielle Gefüge in Europa. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass wir uns in Europa in einer sozialen und industriellen Notlage befinden.

Die Gas- und Strompreise in Europa steigen seit einem Jahr rasant an. Die Ursachen für diesen spektakulären Preisanstieg stellen für die europäischen Gesellschaften und Industrien einen „Super-GAU“ dar. Die Erholung nach der Pandemie hat zu einem Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf den globalen Gasmärkten geführt. Die russische Invasion in der Ukraine hat die Situation noch verschärft, da die Gaslieferungen aus Russland drastisch zurückgegangen sind. Diese Entwicklungen haben deutlich gemacht, dass Europa strategisch auf einen Rohstoff angewiesen ist, der in großem Umfang importiert werden muss und dessen Preise auf den Weltmärkten immer stärker von Finanzspekulationen beeinflusst werden. Politische Maßnahmen, die eine Importabhängigkeit gegen eine andere austauschen, sind kontraproduktiv. Die Gestaltung des EU-Elektrizitätsmarktes, bei der die Grenzpreisfestsetzung die

Strompreise effektiv an die Gaspreise bindet, hat die Strompreise in die Höhe getrieben, wodurch sich die Preise weit von den realen Produktionskosten entfernt haben und außerordentliche Windfall-Profiten entstanden sind. Darüber hinaus zeigt die Krise des europäischen Energiesystems die Schwächen eines Systems, das zu sehr auf Marktregeln beruht. Das Fehlen einer Industrie- und Investitionsstrategie zur Entwicklung einer kohlenstofffreien Stromerzeugung in Europa ist ebenfalls eine wichtige Ursache für die derzeitige Energiekrise. **Aus den kurzsichtigen politischen Entscheidungen im Bereich der Energiepolitik und der fehlenden Industriepolitik in den letzten Jahren in Europa müssen Lehren gezogen werden.** Auf diese Situation reagieren viele Unternehmen mit Kurzarbeit oder völliger Schließung. Es ist eine zunehmende Verlagerung von Investitionen in Regionen außerhalb Europas zu beobachten, und auch die Produktion wird an kostengünstigere Standorte verlegt. Der Wegfall von Industriekapazitäten wird zu einer Deindustrialisierung, zu schweren sozialen und ökologischen Schäden und zu langfristigen Kosten für Europa führen.

Wir sind keine Insel. Unsere wichtigsten Handelspartner sind von der Energiekrise nicht in gleicher Weise betroffen, und eine Reihe von ihnen treibt den Ausbau der Schlüsselsektoren für saubere Technologien voran. Vor allem die erheblichen Investitionen in saubere Energieprodukte und Lieferketten, die durch den neuen Inflation Reduction Act (IRA) in den USA ausgelöst wurden, stellen einen Wendepunkt in Bezug auf industrielle Investitionen und Industriepolitik dar. Das IRA ist ein ehrgeiziges Programm zur Ankurbelung von Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen, was zu begrüßen ist, da die USA zu den Ländern mit den höchsten Treibhausgasemissionen weltweit gehören. Darüber hinaus wurden die Klimaschutzmaßnahmen eng mit einer arbeitnehmerorientierten Agenda verknüpft, die soziale Bedingungen wie tarifvertraglich vereinbarte Löhne und hochwertige Ausbildungsplätze vorsieht. Auf diese Weise **zeigt das IRA, wie große Volkswirtschaften Klimamaßnahmen, industriellen Wandel, faire Besteuerung und eine Agenda für gute Arbeit miteinander verbinden können.** Natürlich wird sich der Erfolg erst bei der Umsetzung in die Praxis zeigen, aber Europa muss sich jetzt von der US-Agenda inspirieren lassen.

Angesichts der Krise **braucht Europa dringende, kurzfristige Maßnahmen, aber kein kurzfristiges Denken.** Die notwendigen Unterstützungsmaßnahmen müssen sich an mittelfristigen Maßnahmen und an den langfristigen Zielen des europäischen Green Deals orientieren und zu mehr Unabhängigkeit in der zukünftigen Energieversorgung führen. Dies ist ohne eine energische europäische Industriestrategie, die auf Solidarität beruht, nicht möglich.

IndustriAll Europe hat bereits eine Reihe von Strategiepapieren verabschiedet, die sich mit verschiedenen Aspekten der Energiekrise befassen, insbesondere zum Thema wirtschaftspolitische Steuerung und in der [Sitzung unseres Exekutivausschusses im Mai](#). Ebenso sind die jüngsten Kampagnen von industriAll Europe für einen [gerechten Strukturwandel](#) und [höhere Löhne](#) wichtige Bestandteile unserer politischen Antwort auf die Krise. Die Dringlichkeit der Lage erfordert jedoch jetzt koordinierte politische Maßnahmen.

Deshalb **fordert industriAll Europe einen europäischen Rahmen für industrielle Solidarität.** Nur eine koordinierte europäische Agenda kann das Risiko einer Verschärfung der regionalen Ungleichheiten und des Wettbewerbs innerhalb Europas vermeiden. Die derzeitigen Regeln für staatliche Beihilfen sind nicht zweckmäßig. Der Mangel an europäischer Solidarität droht die Zersplitterung zu verstärken und nationalistische Lösungen zu fördern, was die europäische Zusammenarbeit gefährden könnte. Kein Land ist in der Lage, diese Situation allein zu lösen. Wir sind voneinander abhängig. Deshalb brauchen wir einen gemeinsamen Rahmen, um sicherzustellen, dass Solidarität in der Industriepolitik fest verankert ist.

Kurzfristig brauchen wir dringend:

- a) **einen gemeinsamen europäischen Mechanismus zur Unterstützung von Arbeitsplätzen in der Industrie:** Kurzfristig brauchen wir Maßnahmen, um Arbeitsplätze zu schützen und

Unternehmensschließungen zu verhindern. SURE, der 100-Milliarden-Euro-Fonds, der die nationalen Programme zur kurzfristigen Beschäftigungsförderung mit günstigen Krediten an die EU-Länder unterstützt, muss vorübergehend ausgeweitet werden. Er hat sich während der Pandemie bewährt und im Jahr 2020 2,5 Millionen Unternehmen geholfen, 31 Millionen Beschäftigte zu halten, wie aus einem im letzten Jahr veröffentlichten Bericht hervorgeht. Diese Zeiten geringerer Aktivität oder Produktion müssen für die Umschulung und Qualifizierung der Arbeitskräfte genutzt werden (insbesondere vor dem Hintergrund eines angespannten Arbeitsmarktes in Europa). **In Fällen, in denen Unternehmen gerettet werden, müssen strenge soziale Auflagen gemacht und Beschäftigungsgarantien durchgesetzt und kontrolliert werden, um Missbrauch zu vermeiden.** Das bedeutet, dass Unternehmen, die öffentliche Hilfen erhalten, Entlassungen und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verhindern müssen. Es ist auch moralisch nicht vertretbar, dass die öffentliche Unterstützung in Dividendenzahlungen fließt!

- b) **einen europäischen REPower-Industrieplan:** Angesichts des IRA haben die europäischen Politiker\*innen und Entscheidungsträger\*innen ihre Rhetorik in Bezug auf die Rolle der Industriepolitik und der Investitionen geändert. Wir sehen jedoch, dass weiterhin die alten Instrumente auf dem Tisch liegen. Die derzeitige Situation ist kritisch. Europa muss deshalb erkennen, dass es kein Business-as-usual-Szenario geben darf. Wir brauchen einen Investitionsplan zur Unterstützung und Wiederbelebung unseres industriellen Gefüges in Europa (unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der KMU), wobei der Schwerpunkt auf Energieeinsparungen, Energieeffizienz, sauberen Energiewertschöpfungsketten und die Entwicklung der Kreislaufwirtschaft gelegt werden muss. Nach dem Vorbild des IRA **sollte dieser Plan eine starke soziale Konditionalität umfassen** – Verpflichtung zu einem wirksamen sozialen Dialog und Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften, Garantien für den Erhalt und das Schaffen von Arbeitsplätzen, für Umschulung und Höherqualifizierung sowie für hochwertige Lehrlingsausbildung und für Stellen für Hochschulabsolventen. Dieser Plan wird erhebliche Investitionen erfordern. Die jüngste vorläufige Einigung über REPower EU ermöglicht es den Mitgliedstaaten, die Aufbaufonds der EU und die Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem (ETS) besser für die Bewältigung der Energiekrise zu mobilisieren. Dies wird die Investitionen erhöhen, um die Ursachen der Energiekrise zu bekämpfen, aber es reicht nicht aus. Die Größenordnung des EU-Innovationsfonds muss durch eine stärkere Zweckbindung der ETS-Einnahmen erhöht werden und an soziale Bedingungen geknüpft werden. Entscheidend ist, dass kein Unternehmen von der Krise profitieren darf! Windfall-Profite müssen zurückgefordert und in die Transformation unserer Industrien investiert werden, um einen gerechten Strukturwandel zu ermöglichen.
- c) **die richtige Balance zwischen Energieangebot und -preis:** Die Deckelung des Preises für importiertes Gas ist die am häufigsten vorgeschlagene Lösung zur Bewältigung der Energiepreiskrise. Die Festsetzung eines Preises für einen importierten Rohstoff, dessen Preise weitgehend auf den Weltmärkten festgelegt werden, könnte zu möglichen Versorgungsproblemen führen, wenn die Erzeuger beschließen, die Käufer zu beliefern, die einen höheren Preis bieten. Eine Preisobergrenze spielt jedoch eine Schlüsselrolle in der laufenden Debatte über schnelle Lösungen, und die EU muss schnell handeln. Alternative Optionen basieren auf einer Diversifizierung der Versorgung, langfristigen Partnerschaften mit den Erzeugern und stärkeren Maßnahmen zur Reduzierung der Nachfrage. In Erwartung geringerer Gasvorräte im nächsten Jahr sollte dringend ein gemeinsamer Einkauf angestrebt werden, um überhöhte Preise zu vermeiden, weil sich die europäischen Länder in den kommenden Monaten gegenseitig überbieten.

- d) **das Gewährleisten der öffentlichen Kontrolle von Energie als Gemeingut mit einem wirksamen Recht auf Energie:** Die derzeitige Energiepreiskrise erfordert eine kritische Bewertung der von der EU im Bereich Energie durchgeführten Liberalisierungspolitik. Die Sicherung des Zugangs zu erschwinglicher, dekarbonisierter Energie ist eine Grundvoraussetzung für den Erhalt der Grundstoffindustrien in Europa und eine wichtige Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt in Europa. Wenn wir die Energieversorgung allein dem Markt überlassen, setzen wir die europäischen Industrien und Beschäftigten Versorgungsunsicherheiten und Preisschwankungen aus, obwohl wir eine vorausschauende, langfristige Planung, verstärkte Koordinierung und reformierte Preisfestsetzungsmechanismen zur Entkopplung der Gas- und Strompreise brauchen.

Europas Industriebeschäftigte mobilisieren europaweit, um mehr Solidarität und einen gerechten Strukturwandel zu fordern - diese Forderungen sind für uns keine rhetorischen, sondern existenzielle Forderungen!